

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 23.50 Mk. auswärts. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Die Anzeigen werden in der Halle angenommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Halle. Halle, den 7. Juli 1920. Nr. 1491, der Tageszeitung, Nr. 1492, der Tageszeitung, Nr. 1493.

Zaale-Zeitung

Überausfünftägiger Jahrgang.

Die 8 gespaltene 24 mm breite Millimeterzeile oder deren Äquivalent 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen die 24 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Einzeln nehmen an unsere Geschäftsstellen in sämtliche Anzeigengeschäfte. Erläuterungen: Halle, Erkheim täglich 2 mal, Sonntags und Feiertags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, St. Draubaustr. 17. Telefon-Geschäftsstellen: Große Mühlstraße 32 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Zuspitzung der Verhandlungen in Spa

Noch keine Einigung über die Entwaffnungsfrage — Die Alliierten verlangen bestimmte Vorschläge wegen Auslieferung der Waffen — Spannungen zwischen Lloyd George und den übrigen Entente-Führern.

Eifersucht.

Von einem Sonderberichterstatter.

—er. Spa, 6. Juli 1920.

Es ist Tatsache, und alle Widerspruchler werden kurze Weile haben: Lloyd George hat sich sowohl mit den Franzosen als auch mit den Belgiern betraut! Mit den Franzosen schon am Freitag voriger Woche auf der Vorkonferenz in Brüssel. Die meisten französischen Zeitungen, immer noch gegängelt von einer geheim wirkenden Zensur, behaupten das peinliche Geheimnis für sich. Nur der „De Parisien“ konnte aus Sensationslust nicht die Zunge zügeln. Er erzählte, wie Millerand in Brüssel Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verlangt habe, falls es mit Kostenlieferungen weiter im Rückstand bleibe. Lloyd George habe Deutschland aus den erschlafften gegen neue Lieferfälle (Frankfurt) Aufrechterhaltung in Schutz genommen, sei plötzlich am Ende der Sitzung verschwunden und nicht wiedergekehrt. Der schlechte Eindruck dieser Nachricht wurde schnell wieder verwischt, indem man den „Daily Chronicle“, das Beiblatt Lloyd Georges, veranlaßt, mitzuteilen, England habe sich unter Berücksichtigung seines freundschaftlichen Einverständnisses dazu verpflichtet, sich an den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zu beteiligen, falls dieses keine Beweise für seinen guten Willen erbringen sollte. Aber das war eben die kurzweilige Widerwärtigkeit. Sie ist von der vollen Wahrheit bereits überholt. Die volle Wahrheit ist und wird von Seiten, die in Brüssel dabei waren, bekämpft: Lloyd George und Millerand haben sich wegen der Kohlenfrage Stundenlang in den Sälen gequäl. Ihr Streit war heftig und im Ton alles andere als freundschaftlich. Millerand verlangte eine dauernd tagende interalliierte Kommission, die die gesamte deutsche Kohlenzeugung und ihre Verteilung im Aus- und Inlande (also auch in Deutschland selbst!) übersehen solle. Lloyd George nannte dies kurz gefaßt Unfinn, und nun fuhr Millerand auf, Lloyd George habe gut reden als Schwachmaler eines durch den Krieg glücklicherweise Meilenrückes, das seine Kohlen wieder wie im einzigen Frieden ausführen, während sich andere Länder ihre Kohlen mit Sägen und Bürgen holen müßten. Lloyd George ließ seinem Debattier-Kammergenosse die Fingel schiefen und erklärte: Will Frankreich die deutsche Kohle graben und verteilen, so möge es dies allein tun. England wird nicht mitmachen und auch nicht mehr zur Hilfe beizutragen, wenn Frankreich sich in die Meßeln legt. Darob wieder hallo aus französischer Seite. Ein Wort gab das andere. Der italienische Minister Spazza, im Gegensatz zu den westlichen Kampfbühnen merkwürdig ruhig, suchte zu vermitteln. Man wußte doch erst einmal das Opernwerk selbst, die deutsche Regierung, hören. Aber es wurde keine Ruhe. Schließlich schlug Präsident de la Croix ein gemäßigtes Zwischenstück vor, um die Geister zu beruhigen. Der Text, der wurde abgelesen. Aber vor nicht mehr erklaren, war Großbritanniens Ministerpräsident D'Hyne Schlüsselgrub verschwand er im Auto. Und nun kommt die Sache mit den Belgiern. Auf der Fahrt im Auto durch Belgien ladende Fluren erkannte Lloyd George, daß es diesem angeblich von den Hunnen verwüsteten Lande doch immer noch recht gut gehe und er machte, als ihm belgische Journalisten wegelagernd überfielen, aus dem Vohde des Wohlstandes ihres Landes kein Geßel. Ja, er fügte hinzu, das Voraus von 1/2 Milliarden, die Belgien von der Kriegsschuldigung bekomme, sei doch eigentlich eine außergewöhnliche, um nicht zu sagen unverdiente Vergünstigung. Welche Günst dem Knabenruf der eiferfüchtige Frau. Aber da kam er bei den Belgiern stehen an. Sie folgen dem Arm und verlangen jetzt Genugtuung. Diese ward ihnen bereits durch den französischen Finanzminister, bei der Erklärung abgab, man werde auf jeden Fall die Hoffnungen des unglücklichen Belgiens nicht enttäuschen. Aber ein Stachel ist geblieben. Die Wunden, die Lloyd George französischen und belgischen Herzen schlug, sind auch dadurch noch nicht geheilt, daß man sich in gemeinsamer Entrüstung über die anfänglichen Fehler deutscher Militärs in Spa wieder aufzusammenband. Die Herren von der Entente müssen sich sagen, daß ihre eigene Presse, d. h. vor allem die französische, aber auch die „Times“, wochenlang verschleierte eine Erörterung der Entwaffnungsfrage werde in Spa unter keinen Umständen zugelassen. Deshalb blieb der deutsche Reichswehrminister fürs erste zur Haupte und er ist auf den Wind der Alliierten prompt nach Spa gereist. Will man überall bösen Willen sehen? Das Konferenzprogramm von Spa, wie es im Brüsseler Protokoll niedergegeschrieben (von Millerand und Lloyd George eigentlich nicht niedergegeschrieben) wurde, war der deutschen Delegation bislang nicht bekannt. Jetzt weiß man es also. Und man muß auch, daß eine Wiedergeburt der Diktator unter den Alliierten ist.

Kritische Stimmung.

Von unserem Sonderberichterstatter Kolff Brandt.

Spa, 6. Juli.

Die Konferenz hat heute ein ernstes Stadium erreicht. Das ist der Eindruck, den die heutige Nachmittags-Sitzung über die Abrüstung hinterlassen hat. Lloyd George, Millerand und Fisch waren schon frühzeitig vor dem selbige Beginn der Sitzung um 5 Uhr erschienen. Bei Beginn der Sitzung lag es so aus, als ob die Rede von abgebrochen werden würden, da Lloyd George die Rede des deutschen Reichswehrministers Dr. Gehler so verstanden habe, als ob Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllen wolle. Dann, so sagte Lloyd George, sei die Konferenz überflüssig. Erst das geschickte und schnelle Eingreifen des Außenministers Dr. Simons rettete die Situation. Simons gab die Erklärung ab, daß Deutschland den Vertrag erfüllen wolle, daß man nur einen gewissen Weg finden müsse. Damit war die erste sehr schwere Krise vermieden. Eine zweite, sehr schwere Zuspitzung erfolgte nach der Einnahme des Tees, als Lloyd George auf die Ausführungen des Reichsanwalters Fehrenbach in scharfer Weise erklärte, daß die Alliierten endlich klare und wahre Ziffern haben wollten. Er sei hierher gekommen, um sich geschäftlich zu unterhalten und wüßte die Aufgaben. Minister Simons erklärte, daß die deutschen Delegierten nicht genau wüßten, ob sie bis zu dem bestimmten Termin die bestimmten Ziffern liefern könnten. Darauf setzte der Vorkämpfer die nächste Sitzung auf Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr fest. Das Charakteristische an der Rede Lloyd Georges ist, daß er die Auslieferung aller Gewehre in Deutschland verlangt und auf die Frage der Sicherheitswehr nicht einging. Nach der Sitzung sah man deutlich die Erregung in den Gesichtern der Teilnehmer, auch bei Lloyd George, dessen ernstes Gesicht auffiel. Von deutscher Seite wird man das Mögliche tun, um das Ergebnis von Spa nicht zu gefährden, aber auch die Möglichkeit einer gefunden und ruhigen Entwicklung in Deutschland.

Die zweite Sitzung der Konferenz, am 6. Juli, auf deutscher Seite Reichskanzler Dr. Fehrenbach, Reichsminister des Innern Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Gehler und General von Seeck teilnahmen, wurde kurz nach 1/2 Uhr durch den Ministerpräsidenten de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten.

Dr. Gehler ging sofort in längeren Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unbedingte Notwendigkeit. Lloyd George stellte darauf die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschlands Rüstungsfähigkeit des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Wortwort machen, insbesondere, daß die Reichswehr statt 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse und daß Deutschland statt der ihm zugestandenen 200 Millionen Gewehre 50 000 habe, statt der ihm zugestandenen 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1 5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerlegt. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Rest der Gewehre sei ein politisches Gefährdement von außerordentlichem Schrecken. Demgegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Die Alliierten erwarten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Vorschläge, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten solle.

Reichskanzler Fehrenbach betonte darauf in seinen Ausführungen und lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Aufstellung eines solchen Planes. Er machte sich darauf aufmerksam, daß die Wiedererfüllung der Forderungen der Alliierten von dem Bestehen eines gewissen Grades der Wehrmacht in Deutschland abhängig seien. In scharfer Weise erwiderte Lloyd George, daß die Alliierten klare Daten und Ziffern wollten. Die Konferenz von Spa hätte sonst gar keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß wir nach Lage der Dinge nie hätten annehmen können, daß die militärische Frage als erstes in Spa behandelt werden könne. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen mittag in der Lage sein würden, bestimmte Vorschläge vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man würde aus genügender Zeit lassen und Ministerpräsident de la Croix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 1/4 Uhr nachmittags fest.

Bestn. 7. Juli. Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Spa berichtet, zu weiteren umfangreiche Mitteilungen ge-

macht, um eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigung gegen uns zu schaffen. In keinem Augenblick seit dem Waffenstillstand war der Druck der deutschfeindlichen Elemente in England und Frankreich so stark wie jetzt.

Wie der „Vorwärts“ von gut unterrichteter Seite hört, endete die zweite Sitzung der Konferenz von Spa ohne Einvernehmen. Das Programm des Reichswehrministers schiene keinen Bestand gefunden zu haben.

In einer Unterredung des Reichsjustizministers mit einem Pressevertreter sagte Dr. Fisch, daß die Entente mit Aufklärung darüber haben wollen, wie weit die Untersuchung gegen die Kriegsverbrecher vorgeschritten ist. Wir haben gelaut, was wir tun konnten. Die deutsche Regierung ist bemüht gewesen, auch in diesem Punkte die von ihr übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen. Die Untersuchungen werden sehr genau geführt. Die deutsche Redipsprechung ist von jeder muttergütig gemeint. Andere Richter sind unparteiisch.

Am 7. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Spa spricht man jetzt davon, daß die Beratungen 14 Tage dauern werden. Die Vorkämpfer in den Beratungen der militärischen Fragen auf der Konferenz sind Lloyd George und in der Beratung der Wiederherstellungsmassnahmen Millerand.

Italien ist verurteilt.

Lugano, 7. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Nach dem „Secolo“ ist die Einmütigkeit aller der Verbündeten in Spa bereits gesichert. Auch der „Corriere della Sera“ teilt mit, daß der italienische Vertreter Lloyd George bekannt hat, Italien werde sich von der Konferenz zurückziehen, falls keine Mindestforderungen nicht erfüllt werden.

Benes oder Stinnes bei Millerand?

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Spa telegraphiert, nach einer Savas-Meldung, seinem Blatt: Gestern habe Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes habe Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete ausgedehnt. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Wirtung.

Die Nachricht, die in dieser Form bereits Ostagna in sehr viele deutsche Blätter gefunden hat, wäre recht bemerkenswert, wenn nicht „Dolland'sches Neuweltbüro“ eine sonst wörtlich gleiche Meldung brachte, in der nur, statt des Namens Stinnes, der des — tschischen Außenministers Benes genannt wird.

Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

Karlruhe, 6. Juli. Unter freiem Himmel wurde gestern Nachmittag eine von den freien Gewerkschaften einberufene Demonstration vor dem Reichsministerium der Lebensmittelverwaltung abgehalten. Es wurde eine Kommission aus Arbeitern der verschiedenen Fabriken gebildet, die sofort mit dem Oberbürgermeister in Verhandlung eintraten. Aus allen Teilen Badens kommen Nachrichten über Aushebungen gegen die Teuerung. Weitere Zusammentreffen haben sich bisher nicht ereignet. In einigen Städten sind die Lebensmittelpreise bedeutend herabgesetzt worden.

Auch in verschiedenen oberhessischen Städten drohen, da der Abbau der Preise nicht strikte durchgeführt wird, wieder Lebensmittelunruhen auszubrechen. In Karlsruhe kam es bereits zu behauerlichen Anstrengungen. Streifende Arbeiter durchzogen die Stadt, worauf die Geschäfte geschlossen und die Warenbestände fortgeschafft wurden. In einigen Tagen dürfte die Stadt ohne Lebensmittel sein, da die Geschäftslente sich weigern, Nahrungsmittel zu beschaffen. Neuerdings wurde ein Nachlassen von 20 statt 50 Proz. auf allen Waren die auf weiteres vereinbart. Nach der Beendigung einer Sitzung zwischen der Kaufmannschaft und den Arbeitern wurden die Kaufmannschaften in dem französischen Quartier zu einem großen Mittagessen eingeladen. In demselben Quartier sind Stadthaus zurückzuführen mußten und erst auf Umwegen unter polizeilichem Schutz heimgebracht werden konnten. Auch aus verschiedenen oberhessischen Orten werden große Lebensmittelunruhen berichtet.

In Saarbrücken steht die gesamte Gitter- und Metallindustrie jetzt im Streik mit Ausnahme der Eisenbergwerke. Die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben gestern allerorts in gemeinsamer Abstimmung sich für die Fortsetzung des Streiks erklärt.

In einer Gewerkschaftsversammlung in Königsberg ist beschlossen worden, daß die Metall-Transport-, Holz-, Brauerei- und Mühlenarbeiter die Arbeit niederlegen sollen. Die Eisenbahner legen mit Rücksicht auf die Zustimmung von einem Streik ab.

Die Bohnerforderungen der Eisenbahn

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Am Reichstagsgebäude finden heute unter dem Vorsitz des demokratischen Abgeordneten Julius Wegmanns von Berlin alle Parteien mit den Vertretern der Eisenbahner über deren Bohnerforderungen statt. Die drei Regierungsparteien werden vermutlich eine gemeinsame Entschließung in dieser Frage fassen. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen haben bereits geteilt erklärt, daß sie den Eisenbahnerforderungen zustimmen. Demgegenüber steht die Erklärung des Reichsfinanzministers vor seiner Abreise nach Spa, daß er die Forderungen der Eisenbahner im jetzigen Augenblick nicht genehmigen könne, da abgemindert werden müßte, welchen Einfluß Spa auf die Reichsfinanzen ausüben werde.

Die Internationale Elbekommission gegen die deutsche Stromerzeugungsteuer.

Paris, 4. Juli. Die Internationale Elbekommission beendete ihre Arbeiten am 30. Juni. Sie beschloß sich mit der Frage des Unterfalls anderer der Elbe und dem Nebenflüssen, sowie mit der von Deutschland 1917 eingeführten Steuersteuer. Es wurde die Ansicht vertreten, daß diese Besteuerung der Elbe und des Nebenflusses nicht entsehere. Mit dieser Angelegenheit, insbesondere auch mit der Frage der Anwendung der bisherigen Besteuerung, wird sich die nächste Sitzung der Kommission, die für den 15. November nach Dresden einberufen ist, befassen. Dort werden auch die Anträge bezüglich einer neuen Elbeakte zur Beratung gelangen.

Deutsches Reich.

Der Reichstag sah am Montag den Beschluß, die Gültigkeitsdauer des Kohlenkreuzgesetzes nur bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern. Der Gegenentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wurde nach den Ausschlüssen angenommen. Der Reichstag hielt an einer eigenen Vorlage fest, obwohl vom Reichstag bereits ein entsprechender Initiativantrag eingebracht worden ist, der gegenwärtig der Ausschussberatung unterliegt. Da die Beschlüsse des Reichstags nicht ganz mit dem Initiativantrag übereinstimmen, dürfte es noch zu Weiterungen kommen. Ein preussischer Antrag, der den Zweck verfolgte, Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu erzielen, wurde abgelehnt. Ein Antrag Lippes, betreffend die Vereinfachung des Rechts zum Tragen von Uniformen an verabschiedete Offiziere wurde abgelehnt.

Demokratischer Fraktionsvorstand in Preußen. Die demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat am Montag anstelle ihrer verstorbenen Fraktionsvorsitzenden Dr. Friedberg die bisherigen zweiten Vorsitzenden Oberbürgermeister Dominicus zum Fraktionsführer ernannt und als seinen Nachfolger den bisherigen dritten Vorsitzenden Schmittmann bestimmt. Als dritter Vorsitzender wurde der Abg. Otto gewählt.

Demokratie und Zwangswirtschaft. Der demokratische Parteitag für Schleswig-Holstein hatte am 13. Juni auf Antrag des Abg. Dr. Strube eine beschlossene planmäßige Abschaffung der Wirtschaft geordnet. Die demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat sich ebenfalls dementsprechend an den Boden dieses Beschlusses gestellt. Wie die Haltung der demokratischen Fraktion des Reichstags zeigt, ist diese genau der gleichen Auffassung. Das hat der Abg. Schiffer in seiner großen Rede am 30. Juni hervorgehoben, daß eine der wichtigsten Aufgaben die sofortige, vollständige Abschaffung der Zwangswirtschaft sein muß. Er sagte: „Man muß den Willen, den Drang haben, daß endlich ein Ende gemacht werden soll, insbesondere mit den Auswüchsen der Zwangswirtschaft, die ich in den Kriegesgeschäften und großen Teilen der davon abhängenden großen Organisationen sehe.“

Walter Rathenau und der Reichswirtschaftsrat. In der „Völkischen Zeitung“ vom Montag werden aus der vertraulichen Kabinetsitzung, in der die Wahlen zum Reichswirtschaftsrat vorgenommen worden sind, eingehende Mitteilungen gemacht. Diese Mitteilungen interessieren hier insoweit, als sie sich mit dem Verhalten der demokratischen

Fraktion zu der Beratung Walter Rathenaus in den Reichswirtschaftsrat bezieht. Was Rathenau in dem Artikel gesagt wird, ist grundsätzlich und beruht offenbar auf dem Rat eines unzuverlässigen Intriganten. Die demokratischen Mitglieder sehen auf dem Standpunkt, daß ein Mann wie Rathenau, mag man zu seinen Anschauungen stehen wie man will, unter allen Umständen in den Reichswirtschaftsrat gehört und werden sich nach wie vor dafür einsetzen.

Die internationale Schiffsfahrtskommission für die Oder, die auf Grund des Friedensvertrages errichtet worden ist, trat am Freitag vormittag in Breslau der Oberpräsident zusammen. Den Vorsitz führte der englische Oberkonsul, die Botschaften waren vertreten. An ihm nahmen außer Vertretern Deutschlands Vertreter Frankreichs, Ungarns, Polens, der Tschechoslowakei, Schwedens und Dänemarks teil.

Die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Bayern. Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei hat die Führer der Mehrheitssozialisten, der Mittelpartei, des Bauernbundes und der Demokraten zu sich gebeten. Die U. S. V. wurde nicht eingeladen. Auch die Einladung an die Mehrheitssozialisten ist nur eine Fomrie, da ja v. Raab Ministerpräsident bleiben soll.

Die beiden Kriegesgeschichten der Leder- und Schuhindustrie sollen, wie verlautet, zur Zeit über 30 Millionen Mark Lebenshilfe verfügen. Damit ist der bevorstehende Ausfall dieser Geschäfte diese Gelder für das Gemeinwohl, wie für die Kriegeserzeugung G. m. b. H., gerettet werden können, empfiehlt eine, wie uns scheint, beachtenswerte Zufuhr aus schuhindustriellen Kreisen die schleunige Beschlagnahme dieser Gelder.

Amtsentscheidung des Oberbürgermeisters von Dranienburg. In der Stadtratsbesetzung sind gegen den Oberbürgermeister von Dranienburg, Dr. Hein, mehrere Vorwürfe erhoben worden. Es soll Dr. Hein den Versuch gemacht haben, anfänglich des Rapp-Puffches den mehrheitssozialistischen Direktor zu einem politischen Vord in dem Führer der unabhängigen Stadtratsmitglieder zu verketten. Wie wir hören, ist daraufhin Dr. Hein vom Regierungspräsidenten seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet worden.

Ausland.

Funkentelegraphische Weisung aus Moskau für den Sowjetregimenten Kopp.

Berlin, 5. Juli. Aus Moskau ist folgender Funktelegramm eingegangen: Hiermit wird ungeschlächterhöchster Weisung mit voller Entschiedenheit zugewendet: Die Sowjetregimenten im Ausland sind jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der betreffenden Staaten ausdrücklich untersagt. Viktor Kopp in Berlin ist Instruktion erteilt worden, darin laute, jeder Verletzung mit der deutschen inneren Politik sich völlig fern zu halten. Volkskommissar des Auswärtigen, Tschicherin.

Rumänien gegen Russland.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Bukarest: Ein Erlass der rumänischen Regierung ruft fünf Jahrgänge der Reserve unter der Waffen. Die rumänischen Grenzgebiete gegen Russland wurden als Kriegsgelände erklärt. Rumänische Streitkräfte sind an die russische Grenze abgerückt.

Volksfeier zum Jahresabschluss.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Deutsche Illg.“ erzählt von durchaus unterirdischen Seite, daß nach hier aus Polen eingegangenen Nachrichten die polnische Front von Przemyśl bis zu den Karpaten vollständig zusammengebrochen ist. Der oberkommandierende russische General ist mit verhältnismäßig geringen Streitkräften aus der Gegend südlich Kiew-Romno vorgezogen und hat nur geringen Widerstand gefunden. Ein heftiges militärisches Aufgebot

ist bereit man die Lage, über die auch der Chef der französischen Militärmission in Warschau seiner Regierung berichtet hat, sehr ernst. Auch an der politischen Nordfront haben die Polen Mächtigkeitsbewegungen vorgenommen, wobei es dahingehet, ob unter Druck oder aus strategischen Gründen.

Der neue persische Ministerpräsident.

Paris, 6. Juli. Der persische Ministerpräsident ist nach einer Mitteilung der hiesigen persischen Botschaft ernannt worden. Modjib ed Daulah, zum Minister des Auswärtigen Mostafas ed Salamat.

Neue Mobilisierungen in Griechenland.

Paris, 6. Juli. Nach einer Sondermeldung aus Athen ist die Jahresklasse 1905 unter die Fahnen gerufen. Sie hatte während des Krieges nicht geübt und soll im Innern des Landes die Truppen ergänzen, die nach Kleinasien entsandt werden.

Halle und Umgebung.

Die Neuregelung des 10% Steuerabzuges vom Lohn.

Wie schon mitgeteilt, hat der Reichstag unmittelbar vor seiner Vertagung noch eine Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vorgenommen, indem hinter Paragraph 45 des Einkommensteuergesetzes ein Absatz von Paragraphen neu eingefügt wurde. Die lautet:

Paragraph 45a. Bei den ländlich beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbseinkünfte durch das Einkommensteuergesetz oder hauptsächlich in Anspruch genommen sind, hat der Absatz des Paragraphen 45

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für 30 Mark wöchentlich,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen für 30 Mark wöchentlich,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten für 125 Mark monatlich

zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers schwebende Person im Sinne des Paragraphen 20, Absatz 2, in den Fällen des Absatz 1a um 1,50 Mark, in den Fällen des Absatz 1b um 10 Mark, in den Fällen des Absatz 1c um 40 Mark. Die und inwiefern die Vorschriften der Absätze I, II in einzelnen Fällen anzuwenden sind, ist vom Arbeitsminister festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuss der Betriebsrat über die Berechnung des Arbeitslohnes zu hören. Auf Antrag eines Betriebsrats entscheidet das Finanzamt einseitig. Die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zustunstage anzufragen, so ist der Absatz im vollen Umfange des Paragraphen 45 vorzunehmen.

Paragraph 45b. Arbeitnehmer, die nicht unter Paragraph 45a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Bundesbeitrag des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnabnahme in Gebrauch zu bringen ist. Das Finanzamt hat die Bundesbeiträge nach dem mutmaßlichen Jahresverdienst des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 Prozent des Arbeitslohnes in Absatz zu bringen.

Paragraph 45c. Uebersteigt der Arbeitslohn, auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des Paragraphen 45a den Betrag von 15 000 Mark, so gilt für den einbehaltenen Betrag nachstehender Tarif:

- von 15 000 bis 30 000 Mark 15 vom Hundert,
- von 30 000 bis 50 000 Mark 20 vom Hundert,
- von 50 000 bis 100 000 Mark 25 vom Hundert,
- von 100 000 bis 150 000 Mark 30 vom Hundert,
- von 150 000 bis 200 000 Mark 35 vom Hundert,
- von 200 000 bis 300 000 Mark 40 vom Hundert,
- von 300 000 bis 400 000 Mark 45 vom Hundert,
- von 400 000 bis 1 000 000 Mark 50 vom Hundert,
- von mehr als 1 Million 55 vom Hundert.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1920 in Kraft. Die bisher einbehaltenen Beträge werden auf die nach dem neuen Gesetz einbehaltenen Beträge vermindert. Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Ausführungsbestimmungen.

Streik der mittleren Postbeamten.

wegen der durch die Personal- und Besoldungsreform erfolgten Herabdrückung des gesamten Standes und wegen der ihr widerfahrenen Ungerechtigkeiten durch

„auch deswegen einen Prolog, den ich mit in meinen gegen-“
„wertigen Zeiten und Umständen gleichsam abgelehnt habe.“
„Ich hoffe, daß er seine ganze Wirkung thun soll. Neben“
„dem und ich selbst im Kontakt stehen sind, mit“
„einer Reihe Bemerkungen gemacht, welche die Schau-“
„spielerei in eigenen Worten über den Vortrag be-“
„rühren können. Denn freilich läßt sich sehr wenig schreiben“
„haben, was sehr oder selbst werden muß. — Sowie ich“
„übersehen kann, sind alle Verhältnisse in dieser kleinen“
„Werde berücksichtigt; aber ich erlaube Sie, das Manuscript“
„gehoben zu halten, und niemand, unter welcher Bedingung“
„es auch sei, eine Abschrift zu gestatten. Da jedoch nicht“
„leicht jemand beim ersten Hören das Einzelne sagt und“
„man nachher Abschriften verlangen und machen wird, diese“
„aber immer sehr incorrect und unglücklich ausfallen: so“
„habe ich mich entschlossen, den Prolog hier abzuenden zu“
„lassen, und Ihnen eine genauere Anzahl Exemplare zu“
„schicken, die hoffentlich noch vor Ihrem förmlichen Ein-“
„gang nach Halle eintrifft.“
„M. S. Schreiben Sie mir durch den ständeherrlichen Boten,“
„wie es Ihnen bisher gegangen ist, und was Sie für Aus-“
„sichten haben. Auch melden Sie mir den Tag, wann Sie“
„in Halle den Prolog geben werden und was für ein Stelle-“
„dazu.“
(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Max Klingers Totenmaske.

Leipzig, 6. Juli. Die Totenmaske des verstorbenen Künstlers Max Klinger wird voraussichtlich der Leipziger Bildhauer Professor Sartmann abnehmen, nachdem Professor Seiffner vor Jahren die Wüste des verstorbenen Meisters angefertigt hat. Die Beerdigung wird nicht, wie gewöhnlich, am Mittwoch, sondern Donnerstag nachmittags 6 Uhr in Großhain stattfinden.

Die Beisetzung Max Klingers findet Donnerstag abend um 6 Uhr auf seinem Familiengrab in Jena bei Naumburg statt. Der Weg für sein Grab hatte Max Klinger früher schon selbst ausgesucht. Er hat auf einer Wiese des Landhofs Klinger das bestimmt, daß auf seinem Grab seine Grabsteine, „Der Künstler“ aufgesetzt wird. Professor Johannes Hartmann-Beitzig der Schöpfer des Leipziger Schiller-Denkmal, hat die Totenmaske übernommen. Der Lotse Meier hat das Grab ausarbeiten lassen.

so ermunst wiederum den Kommandanten ein Schächer in Friedrich dem Großen, der verflücht: Sie sollen spielen, und hier Frante oder wie der Schurke heißt, soll dabei sein und den Studenten wegen seiner närrischen Vorstellung eine öffentliche Reparatoren tun.“

Da eine derartige Kabinetsorder keinesfalls dazu angetan sein konnte, die Behörden für die Jünger Dittias freundlich zu stimmen, so wurde an den Bau eines eigentlichen Theaters in Halle überhaupt nicht gedacht. Die Gastspiele der Wanderschaubühnen fanden vielmehr an verschiedenen Schauplätzen, die sich notwendig dazu eignen mochten, wie die alte Reichsbahn und der Rastplatz, statt. Sowohl die eingangs erwähnte Schaulpieltruppe wie die im Sommer 1809 von Halle nach Halle berufene Schaulpiel- und Tänzertruppe nach Halle mußten für ihre Darbietungen die alte Reichsbahn benutzen.

Keil erkannte diesen Zustand als unwidrig, und seinen unermüdlichen Bemühungen gelang es endlich, den Präfekten von Halle, Baron von Seckle, der später Keils Schwiegeronkel wurde, sowie den Kanzler Riemeyer und den Maire Streiber für das Projekt eines ständigen Theaters zu gewinnen. Mit ihrer Hilfe überwand er auch die Bedenken des weltfährlichen Ministers der Innern, so daß ihm durch Uebereignungsurkunde vom 14. Januar 1810 die alte, damals unbenutzte Schullstraße für Theaterzwecke überlassen wurde. Schleunigst ließ Keil das Stück abbeden, die Ätze aus den Bewänden entfernen und die Grundfläche ausschütten. Der Bau des Theaters konnte beginnen und wurde so geschwind, daß bereits am 3. Februar 1811 das neue Haus mit einer Feste und einer Aufführung von „Emilia Galotti“ durch den jüngeren Schiller unter Mitwirkung von Henriette Handel-Schäfer eröffnet werden konnte. Die eigentliche Wölfe des Hauses fand aber erst am 8. August 1811 statt und kein Geringerer als Goethe hatte den Prolog für den Festabend auf Einladung des Badefürstentums verfaßt.

Ueber diesen Prolog, den Goethe am 14. Juni 1811 geschrieben hat, schreibt er an den Schaulpielers Anton Gesselt unter dem 22. Juli 1811 u. a.: „Was lausfähig“
„betreff, so werden Sie daselbst hin, was notwendig“
„und schicklich ist. Es ist zu hoffen, daß Halle auch zum“
„Vortheil gereichen wird, weil wir zu dem“
„Vortheil der dortigen beitragen, und solche Verhältnisse,“
„die beide gewinnen, immer die besten sind. Ich schreibe“

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Donnerstag, 8. Juli. Inhalt: Meerat. Roman von Herod von Jodelis. — Ihr Bode-Tag. Von Gustav K. H. Ketterer. — Sisseliedchen. Was man im Sommer tragen soll. — Bunte Zeitsuna. — Literatur.

Badedirektion und Theater in den Tagen Keils und Goethes.

Ihr Einweihung der „Kammerspiele“ in Bad Wittkind.

Von Leopold Sahle.
Die Verwaltung des Salzbades Wittkind will den bestehenden Anlagen in ihrem neu hergerichteten schmiedlichen Theateraal eine bauerdne Heimstätte bereiten. Sie sagt darin dem Besprie, daß der um die Stadt Halle so verdiente Keil im Jahre 1811 gab. Er hatte erkannt, daß zur Förderung des von ihm im Fürstentum, gegenüber der Unterburg, geschlossenen Salzbades vor allen Dingen für die Unterhaltung und Erhaltung der Aurgänge gefordert werden müßte und daher bereits im Jahre 1808 die Schaulpieltruppe von Fabricius und Hortjowshy veranlaßt, in Halle Aufführungen zu veranstalten. Die Hallenser Bürger und alle in die Studenten haben sehr begünstigte Verehrer der Komödienbühnen. Die Studenten haben den höchsten Interesse nicht nur durch sehr feinen Besuch der Vorstellungen, sondern wirken auch gelegentlich barstellerisch mit. Die Teilnahme am Komödienbild scheint dem Studium nicht gerade förderlich gewesen zu sein, denn die Unberühmtheit suchte mit allen Mitteln diese unermüdete Kunstberufung zu verhindern. Da auch der Magistrat seinerlei Verständnis für theatralische Darbietungen befeuerte, so wurde den Komödiantentruppen zuerstgehend die Spielerlaubnis für den Stadttheater Halle erteilt. Selbstverständlich waren die verschiedenen Schaulpieltruppen mit dieser Maßregel nicht einverstanden, so daß es zu förmlichen Kämpfen zwischen den Behörden und den Wandertuppen kam. Diese Kämpfe richteten sich bis zum Jahre 1806 zurück. Der Magistrat hat unterdessen die Beschlüsse im Jahre 1715 mit Genehmigung dem Magistrat einen Bescheid in Beziehung 231. 1. m. l. 1. übermitteln: „Solche Leute unter leinerlei Bedingung erlaubt werden ihre Heppelheit treiben zu lassen.“

